

Mehr als sieben Milliarden Schilling Gewinn

„Versorgung untüchtiger Parteigenossen“

Die „Entjudung der Wirtschaft“ wurde in Österreich so radikal durchgeführt, daß sie zum Vorbild für reichsdeutsche Arisierungsgesetze genommen wurde, berichtet Gertraud Fuchs.

In Wien gab es etwa 33.000 Betriebe in jüdischem Eigentum, von denen 7000 in den Tagen rund um den „Anschluß“ geplündert und zerstört wurden. Die verschont gebliebenen 26.000 Unternehmen wurden kurzerhand von selbsternannten „kommissarischen Verwaltern“ übernommen, meist Parteiangehörige oder Protegés, die sich einfach zu neuen Besitzern erklärten.

Reichswirtschaftsminister Hermann Göring bezeichnete die „wilde Kommissarwirtschaft“ in Österreich als „ein Versorgungssystem untüchtiger Parteigenossen“. Die brutalen Bereicherungen waren ein rein österreichisches Phänomen, das es in Deutschland so nicht gab. Per Ende Juni 1938 mußten Juden ihr gesamtes Vermögen detailliert den Behörden melden. Das jüdische Betriebsvermögen machte nach heutigem Wert 17 Milliarden Schilling nach Abzug der Schulden aus.

Vermögensüberblick

Zwei Drittel des Betriebsvermögens stammte aus eigenen Betrieben, ein Drittel aus Beteiligungen. Durch diese Aufzeichnungen erhielten die Nazis einen Überblick über das jüdische Vermögen und damit eine Entscheidungsgrundlage für die nachfolgenden Arisierungen.

Mitte Mai 1938 wurde die „Vermögensverkehrsstelle“ im „Ministerium für Wirtschaft und Arbeit“ als zentrale Arisierungsbehörde gegründet. Sie befand sich in der Strauchgasse 1 im ersten Bezirk und hatte 200 bis 300 Angestellte. Diese genehmigte nachträglich die Übernahmen.

Arisierungswillige konnten einen „Antrag auf Arisierung“ stellen, wobei auf jeden jüdischen Betrieb drei Arisierungsbewerber kamen. Zu einer Radikalisierung kam es am 9. und 10. November 1938: Im Zuge des Novemberpogroms, der sogenannten „Reichskristallnacht“, wurden weitere 4100 Geschäfte geplündert und demoliert. Danach beschloß Göring in einer Sitzung im Reichsluftfahrtministerium, Arisierungen „Schlag auf Schlag“ und in einer „ganz klaren, für das Reich Gewinn bringenden Aktion“ durchzuführen.

Scheinlegalität

Die Vermögensverkehrsstelle arbeitete Pläne aus, welche jüdischen Betriebe arisiert und welche liquidiert werden sollten – im Sinne einer „gesunden arischen Mittelstandspolitik“ und Strukturereinigung. Meistens wurden Klein- und Kleinstbetriebe geschlossen, die größeren zur Arisierung freigegeben. Die Vermögensverkehrsstelle verkaufte die jüdischen Unternehmen zu einem Bruchteil des wahren Wertes, zum Liquidationswert, an die arischen Übernehmer. Zur Aufrechterhaltung der Scheinlegalität erstellten Branchenuntersuchter und Wirt-



Von 33.000 jüdischen Betrieben in Wien wurden in den Tagen nach dem Anschluß 7000 geplündert und zerstört. Foto: DÖW



Davon wurden willkürlich hohe Rückhalte abgezogen und manche Betriebe für überschuldet erklärt, um sie entschädigungslos zu enteignen. Sogar offizielle Stellen meinten, der „Kaufpreis trägt den Charakter der Schenkung“. Als Gegenleistung mußten die Käufer einen Teil des Arisierungsgewinnes in Form der „Arisierungsaufgaben“ an den Staat zahlen.

Um sicherzustellen, daß jüdische Großbetriebe nicht an unfähige Käufer geraten, entzog man der Vermögensverkehrsstelle die Arisierung der Betriebe mit einem Wert von mehr als 500.000 Reichsmark. Die wirtschaftlich wichtigen Arisierungen führte ab August 1938 die „Österreichische Kontrollbank für Industrie und Handel“ durch. Die Kontrollbank bestand seit 1914, die Hauptaktionäre waren Creditanstalt, Länderbank und Mercurbank. Sie übernahm die Betriebe treuhänderisch und verkaufte sie weiter, wenn parteitreue, finanzkräftige Käufer bestimmt wurden.

Ab 1. Oktober 1938 war Walther Kastner in der Kontrollbank für die Arisierungen zuständig. 1946 wurde Kastner mit den Rückstellungen des enteigneten jüdischen Vermögens betraut und galt später als der führende Handelsrechtler Österreichs. Kastner schrieb in seiner Au-

tobiographie, daß er die Schließung der Kontrollbank Anfang 1943 empfahl, um spätere Ansprüche an die Kontrollbank auszuschließen.

Zwischen August 1938 und Anfang 1943 arisierte die Kontrollbank 102 Unternehmen. Für diese zahlte sie 959 Millionen Schilling und verkaufte sie um knapp 1,3 Milliarden, den Überschuß von etwa 340 Millionen (heutiger Wert) behielt sie als Äquivalent zur Arisierungsaufgabe ein.

Reichsfluchtsteuer

Insgesamt wurden von der Vermögensverkehrsstelle und der Kontrollbank 5,8 bis 6 Milliarden Schilling an Kaufpreisen und 1,1 bis 1,5 Milliarden an Arisierungsaufgaben erzielt. Dazu kamen noch etwa 264 Millionen Schilling Erlöse aus den Liquidierungen Tausender Firmen. Damit betrug die gesamten Einnahmen aus der Arisierung und der Liquidierung zwischen 7,2 und 7,7 Milliarden Schilling – alle Zahlen zu umgerechneten aktuellen Werten. Die Verkaufserlöse bekamen aber nicht die zwangsenteigneten jüdischen Vorbesitzer, sondern wurden auf Sperrkonten überwiesen, auf die nur die Vermögensverkehrsstelle zugreifen durfte. Die jüdischen Bankguthaben – und damit auch die Arisierungserlöse – wurden von den Nazis später durch hohe Vermögenssteuern kassiert, wie Reichsfluchtsteuer und Sühneleistung mit je 25 Prozent des Vermögens. Bis Jahresende 1938 waren 80 Prozent der Arisierungen beendet, bis Mitte November 1939 fast alle.

Mag. Gertraud Fuchs hat an der WU die Diplomarbeit „Die Vermögensverkehrsstelle als Arisierungsbehörde jüdischer Betriebe“ geschrieben.

Ende der Serie

Gau	Zahl der zu arisierenden Betriebe	Wert der zu arisierenden Betriebe
Kärnten	28	722.588 RM (40.761.743 öS)
Niederdonau	241	6.649.780 RM (350.842.393 öS)
Oberdonau	83	2.290.173 RM (120.829.527 öS)
Salzburg	55	1.517.584 RM (80.067.732 öS)
Steiermark	128	3.531.833 RM (186.339.509 öS)
Tirol	41	1.131.290 RM (59.686.860 öS)
Wien	3777	104.216.687 RM (5.498.472.406 öS)
Ostmark	4353	120.109.935 RM (6.337.000.170 öS)

(1 RM = 52,76 öS, laut Berechnung des Statistischen Zentralamtes)